

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Steffen Janich, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10616 –**

Bundespolizei in Grenzregionen wirksam entlasten

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert, dass infolge einer verfehlten Migrationspolitik und der Abwesenheit stationärer Grenzkontrollen an den Ländergrenzen zu Polen und Tschechien die Dienststellen der Bundespolizei in Grenznähe vielerorts in personeller Hinsicht vollkommen überlastet seien.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, die grenznahen Dienststellen der Bundespolizei durch eine Erhöhung des Stellenplanes personell zu entlasten und dauerhaft zusätzliche Bundespolizeibeamte in diese Dienststellen zu versetzen sowie Mitarbeiter des BAMF gemeinsam mit der Bundespolizei einzusetzen, um die Ersterhebung von Daten zu illegal Eingereisten samt erkennungsdienstlicher Maßnahmen durchzuführen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10616 abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2024

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Dorothee Martin
Berichterstatterin

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Manuel Höferlin
Berichterstatter

Steffen Janich
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dorothee Martin, Michael Brand (Fulda), Dr. Irene Mihalic, Manuel Höferlin, Steffen Janich und Petra Pau**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 20/10616** wurde in der 157. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2024 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend überwiesen.

II. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat in seiner 71. Sitzung am 20. März 2024 den Antrag der Fraktion der AfD auf Einbeziehung der Vorlage in die öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes (Drucksache 20/10406) mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/10616 in seiner 77. Sitzung am 15. Mai 2024 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 15. Mai 2024

Dorothee Martin
Berichterstatlerin

Michael Brand (Fulda)
Berichterstatter

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatlerin

Manuel Höferlin
Berichterstatter

Steffen Janich
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatlerin

